

Protokoll

Sitzung Nr. 7
 Datum **Mittwoch, 22. August 2012**
 Ort Aula des Schulhauses Sekundarstufe I
 Zeit 19.30 bis 21.00 Uhr

Vorsitz	Hans Peter Baumann	SVP 1
Stimmzähler	Klaus Jost Hans-Jörg Rhyh (a.o. Stimmzähler)	SVP 1 SP 1
Mitglieder	Markus Dietiker Fides Kistler Reto König Marc Niklaus Peter Traber Elisabeth Wendelspiess	SP 6
	Elisabeth Aebi-Lehmann Peter Bähler Hans Ulrich Dubler Michael Hofstetter Marianne Pfister Bettina Ritter	SVP 6
	Markus Bacher Heinz Buser Ralph George Reto Hämmig Rychen Patrick Heimann (ab 19.40 Uhr) Patric Magnani Marcel Remund	FDP 7
	Thomas Ackermann Susanne Meierhans Denise Mellert	CVP 3
	Matthias Eggimann Roland Stucki Annemarie Zingg	EVP 3
	Anne-Lise Greber-Borel (ab 19.50 Uhr) Peter Kofel Christoph Merkli Bruno Vanoni	GFL 4

	Toni Oesch	FdU 1
		33
Abwesend	1. Vizepräsidentin, Marceline Stettler Stimmzählerin, Nicole Zeiter Johanna Thomann, Markus Lötscher Beat Nydegger Markus Burren Notta Arn-Wiedmer	GFL 1 SP 1 FDP 2 SP1 SVP 1 EVP 1
Vertreter des Gemeinderates	Gemeindepräsident Stefan Funk Vizegemeindepräsident Kurt Jörg Joseph Crettenand Liselotte Huber-Affolter Edgar Westphale	
Abwesend	Sabine Huber-Spari Mirjam Veglio	FDP SP
Beigezogen	Heidi Ulrich, Bereichsleiterin Sicherheit; Geschäft Nr. 61 Daniel Bichsel, Abteilungsleiter Finanzen, Geschäft Nr. 60	
Gemeindeschreiber	Roland Gatschet	
Protokoll	Corinne Roll, Höhere Sachbearbeiterin	
Anzahl Zuhörende	3	

Geschäfte

59	Pro Protokoll.....	231
60	20.441. Sportzentrum Hirzenfeld Sportzentrum Hirzenfeld, Investitionskostenbeitrag für Sanierungen; Verpflichtungskredit	231
61	1.12.34 Reglement öffentliche Sicherheit und Verordnung ZSO – Übertragung der Aufgaben an die ZSO Bern plus.....	240
62	1.201.26 Schulkommission Schulkommission; Demission; Ersatzwahl	244
63	1.92. Parlamentarische Vorstösse Interpellation Roland Stucki betreffend KulturLegi; Antwort.....	244
64	1.92. Parlamentarische Vorstösse Interpellation Markus Dietiker und Mitunterzeichnende betreffend "Mehr Sicherheit auf Zebrastreifen in Zollikofen"; Antwort	244
65	1.92. Parlamentarische Vorstösse Einfache Anfrage Elisabeth Aebi betreffend "Buslinie 33"; Antwort	245
66	1.92. Parlamentarische Vorstösse Volksmotion "Zusätzliche Betreuungsangebote für Primarstufenkinder während den Schulferien"	245
67	1.92. Parlamentarische Vorstösse	

	Motion Marc Niklaus und Mitunterzeichnende betreffend "Transparente Schulraumplanung in Zollikofen"	246
68	1.92. Parlamentarische Vorstösse	
	Motion Peter Traber und Mitunterzeichnende betreffend "Preisgünstiger Wohnraum in Zollikofen"	246
69	1.92. Parlamentarische Vorstösse	
	Interpellation Fides Kistler betreffend "Sonderklassen auf der Primarstufe"	247
70	1.92. Parlamentarische Vorstösse	
	Einfache Anfrage Toni Oesch betreffend "Einzonung Lättere: Mehrwertabschöpfung"	247
71	1.92. Parlamentarische Vorstösse	
	Einfache Anfrage Roland Stucki betreffend "KulturLegi"	247

GROSSER GEMEINDERAT

Der Präsident

Der Sekretär

Die Protokollführerin

Verhandlungen

Präsident: Herr Gemeindepräsident, werte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte liebe GGR-Kolleginnen und Kollegen und hier natürlich ein herzliches Willkomm unserem neuen GGR-Mitglied Matthias Eggimann von der EVP, der heute sein Debüt gibt, viel Erfolg. Dann möchte ich die Pressevertreter und Gäste aus der Nachbargemeinde Münchenbuchsee begrüßen. Zum Geschäft 3 "Reglement öffentliche Sicherheit und Verordnung, Übertragung der Aufgaben an die ZSO Bern plus" Traktandum 61, möchte ich als Expertin Heidi Ulrich begrüßen, sie ist Bereichsleiterin Sicherheit. Zum Traktandum 60 ist Daniel Bichsel anwesend.

Entschuldigt haben sich vom GGR: Nicole Zeiter, Johanna Thomann, Markus Lötscher Beat Nydegger, Markus Burren, Notta Arn sowie die 1. Vizepräsidentin, Marceline Stettler. Falls ich hier also "abliegen" sollte, muss der Amtsälteste einspringen (alle lachen). Vom GR entschuldigt hat sich: Sabine Huber und Mirjam Veglio.

Ich stelle fest, dass 31 Volksvertreterinnen und -vertreter anwesend sind, demzufolge kann ich die Beschlussfähigkeit des GGR feststellen.

Betreffend des Traktandums 65 "Einfache Anfrage Elisabeth Aebi betreffend "Buslinie 33": Ich muss an dieser Stelle mitteilen, dass die Tischvorlage erst an der Sitzung vom 19. September aufliegen wird, es fehlen noch Informationen zur Antwort.

Nicole Zeiter als Stimmzählerin muss heute Abend vertreten werden. Wir wählen einen provisorischen Stimmzähler oder eine Stimmzählende. Ich warte auf Vorschläge.

Peter Traber, SP: Es freut mich, dass ich Hans-Jörg Rhyn vorschlagen darf.

Präsident: Weitere Vorschläge? Das ist nicht der Fall. Es freut mich, Hans-Jörg, dass Du dich zur Verfügung stellst.

Mitteilungen des Präsidenten

Präsident: Ich habe zwei Mitteilungen. Die Erste ist die Beschwerde des FdU, das am 24. Juli gegen die Einzonung der Lättère beim Regierungsstatthalteramt Bern-Mittelland eine Beschwerde eingereicht hat. Das Regierungsstatthalteramt hat eine sogenannte "Instruktionsverhandlung" verfügt, zu der auch ich als GGR-Präsident eingeladen wurde. Der momentane Stand wurde kommuniziert. Am 2. August hat der Regierungsstatthalter in einer Zwischenverfügung entschieden, dass die Volksabstimmung vom 23. September 2012 stattfinden kann, die aufschiebende Wirkung wurde also entzogen. Es ist klar, dass der Entscheid erst nach Vorliegen der Beschwerdeantwort zu erwarten ist.

Ein Wort zum GGR-Ausflug: Heute läuft die Anmeldefrist ab, ich bitte Sie, Corinne Roll mitzuteilen, ob Sie kommen können oder eben nicht. Sie haben am Schluss der Sitzung die Möglichkeit dazu. Der Ausflug beinhaltet als Variante eine Wanderung, man kann aber auch wieder ins Tal und mit dem Postauto zu mir fahren, als zweite Variante. Ich lege eine Karte der Wanderung hier vorne auf, als Entscheidungserleichterung. Wir kommen nun zu den Mitteilungen der GPK

Um 19.40 Uhr betritt Patrick Heimann den Raum.

Mitteilungen der GPK

GPK: Keine Mitteilungen.

Mitteilungen des Gemeinderates

Gemeinderat: Keine Mitteilungen.

Präsident: Wir kommen zu den traktandierten Themen. Die Traktandenliste ist euch zugestellt worden. Es gibt insofern eine Änderung, dass das Traktandum 65 von Elisabeth Aebi nicht behandelt werden kann, weil noch Angaben fehlen und es deshalb auf die nächste Sitzung verschoben wird. Gibt es Änderungswünsche in der Reihenfolge der Traktanden? Das ist nicht der Fall.

Somit ist die Traktandenliste genehmigt und wird in der Reihenfolge behandelt, wie soeben entschieden.

59 Pro Protokoll

Protokoll vom 27. Juni 2012

Präsident: Wird das Wort verlangt?

Toni Oesch, FdU: Ich habe im sogenannten kleinen Verfahren mit Frau Roll einige wenige Unstimmigkeiten bereinigen können. Auf Seite 211 ist eine Aussage des Präsidenten, die er zwar gemacht hat und die auch protokolliert wurde, aber was er gesagt hat, stimmt nicht. Es heisst dort der Beschluss sei "einstimmig", es war aber "mehrheitlich" oder "grossmehrheitlich". Es kommt manchmal vor, dass der Präsident nicht herüberschaut, dann heisst es einfach "einstimmig", weil es eine wichtige Sache ist oder noch werden könnte.

Präsident: Das kann sein, dass dies ein Versprecher meinerseits war, das kann man so aufnehmen. Gibt es weitere Bemerkungen?

Markus Dietiker, GPK: Eine kleine Anmerkung zum Protokoll, Seite 213, fünfte Zeile. Beim Abschnitt "für die nächsten 20 Jahre ausgelegt" sollte ein Fragezeichen stehen.

Präsident: Das ist so, vielleicht wurde es zuwenig genau als Frage formuliert, wir nehmen es entsprechend auf.

Somit erkläre ich das Protokoll vom 27. Juni 2012 mit Dank an die Protokollführerin als genehmigt.

60 20.441. Sportzentrum Hirzenfeld

Sportzentrum Hirzenfeld, Investitionskostenbeitrag für Sanierungen; Verpflichtungskredit

Präsident: Wir stimmen heute abend einzig und allein über den Verpflichtungskredit ab. Wer also generell mit dem Projekt, dem Umfang oder den Details nicht einverstanden ist, muss

dies mit der Abstimmung zum Kreditbeschluss kundtun. Für das Projekt zeichnet der Trägerverein verantwortlich. Falls das Geschäft zurückgewiesen oder abgelehnt wird, sind die Gründe für den Verein sehr wichtig. Das ist auch der Grund, weshalb wir die Diskussion über das Geschäft zulassen, aber wir werden nicht über Abänderungsanträge abstimmen können heute Abend, weil es nicht ein Projekt der Gemeinde ist. Ist das Eintreten auf das Geschäft bestritten? Das ist nicht der Fall. Die GPK hat das Wort.

Peter Traber, GPK: Wir danken dem Gemeinderat für die Vorlage, haben aber noch ein paar Fragen dazu. In Bericht und Antrag ist ein Sanierungskonzept aus dem Jahre 2000 als Grundlage aufgeführt. Wie hoch ist der Sanierungsbedarf insgesamt? Was ist realisiert? Welche Sanierungen stehen nach der Realisierung dieser Vorlage noch an?

Die zweite Frage betrifft Seite 7, "Sanitäre Installationen, dort ist ein Betrag von Fr. 290'000.00 angegeben. Was ist darin vorgesehen?

Weiter auf Seite 1, bei der Ausgangslage: Erfolgt die Wärmerückgewinnung nur während der Eisproduktion oder wird auch im Sommer Wärme aus der Umgebung (Betonplatte) gewonnen? Wird sie auch für das Duschenwasser oder für die Heizung und nicht nur für die Badewasseraufbereitung gebraucht?

Zu Ziffer 4: "Rechtsgrundlagen": Aus Sicht der GPK wäre es korrekt, den Gesellschaftsvertrag und die Leistungsvereinbarung aufzuführen.

Der letzte Punkt ist eine Frage zum Schwimmbadfonds: Dort interessiert uns, wofür der Schwimmbadfonds vorgesehen ist und unter welchen Bedingungen daraus Geld entnommen werden kann.

Präsident: Der Gemeinderat hat das Wort.

Stefan Funk, Gemeindepräsident: Sie haben heute Abend über einen Investitionskostenbeitrag von rund 440'000 Franken der Gemeinde Zollikofen zu Gunsten des Sportzentrums Hirzenfeld zu befinden. Das 30-jährige Sportzentrum weist in verschiedener Hinsicht Sanierungsbedarf aus. Die Wärmeerzeugung und die sanitären Anlagen müssen ersetzt und die Mietwohnung muss saniert werden. Der Ersatz der Wärmeerzeugung und der sanitären Anlagen ist weitgehend auf ein Sanierungskonzept aus dem Jahr 2000 zurück zu führen. Die Gemeinde Münchenbuchsee hatte damals Sofortmassnahmen und Arbeiten von erster Priorität im Gesamtbetrag von rund 1,2 Mio. Franken ausführen lassen. Die hier zur Diskussion stehenden Sanierungen wurden stets als sogenanntes "2. Sanierungspaket" bezeichnet.

Die Detailaufarbeitung der Sanierungsarbeiten hat nun allerdings durch die Aktualisierung der Zustandsanalysen einen höheren Bedarf zu Tage gefördert als damals aufgezeigt und angenommen wurde. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Anlage zwischenzeitlich zwölf weitere Betriebsjahre auf dem Buckel hat.

So wird nun für das zweite Sanierungspaket mit Gesamtkosten von 1,21 Mio. Franken gerechnet. Davon bezahlt die Gemeinde Münchenbuchsee 0,78 Mio. Franken und die Gemeinde Zollikofen 0,44 Mio. Franken. Mit dem Vollzug des zweiten Sanierungspakets sind die Massnahmen aus dem Sanierungskonzept 2000 vollständig umgesetzt.

Das Anfallen dieser Kosten wurde bereits beim Beschluss über die künftige Beteiligung der Gemeinde Zollikofen am Sportzentrum aufgezeigt. In der Botschaft an die Stimmberechtigten wurde damals ausgeführt, dass ausserhalb der jährlichen Betriebskostenbeiträge auch aperiodisch Investitionskostenbeiträge zu leisten sind. Damals wurde von durchschnittlich 100'000 Franken pro Jahr für die Gemeinde Zollikofen ausgegangen. Dieser Betrag bewahrt sich, weil davon ausgegangen werden kann, dass in den kommenden zwei Jahren keine grösseren Investitionsvorhaben mehr anstehen werden.

Die technischen Details gehen aus dem Bericht und Antrag hervor, beziehungsweise konnten anlässlich der Besichtigung vom 14. August direkt vor Ort besichtigt werden. Mit Ausnahme der nachfolgenden Beantwortung der GPK-Fragen verzichte ich an dieser Stelle auf die Erläuterung von weiteren technischen Einzelheiten. Hier werde ich für die allfällige Beantwortung von weiteren Fragen aus dem Rat fallweise auch den Vizegemeindepräsident Kurt Jörg beziehen.

Bauherr im vorliegenden Geschäft ist der Trägerverein Hirzi, und nicht die Einwohnergemeinden Münchenbuchsee und Zollikofen. Der Trägerverein ist mittels Leistungsvertrag jedoch verpflichtet, die einschlägigen Bestimmungen über das öffentliche Beschaffungswesen einzuhalten und gemäss diesen Regeln bei der Ausführung vorzugehen. Nun zu den Fragen der GPK:

- Wie hoch ist der Sanierungsbedarf gesamthaft?

Der Bericht hat damals Gesamtkosten von 1,47 Mio. Franken aufgezeigt. Die Aufteilung war auf Sofortmassnahmen sowie Sanierungen 1. und 2. Priorität aufgeteilt.

- Was ist realisiert?

Die Gemeinde Münchenbuchsee hat für die Sofortmassnahmen und die Sanierungen der 1. Priorität im Jahr 2002 insgesamt 1,17 Mio. Franken investiert.

- Was für Sanierungen stehen nach Realisierung dieser Vorlage noch an?

Mit dem 2. Sanierungspaket sind die aus dem Sanierungskonzept 2000 enthaltenen Massnahmen vollständig umgesetzt. Naturgemäss werden bei einem Sportzentrum wie das Hirzenfeld in späteren Jahren ausserhalb des ordentlichen Budgets Instandsetzungs- oder Sanierungsmassnahmen anfallen; zurzeit sind jedoch keine weiteren konkreten Sanierungen bekannt oder geplant.

Seite 7, "Sanitäre Installationen Fr. 290'000.00" Die GPK fragt: Was ist darin vorgesehen?

Folgende Arbeiten und Leistungen sind darin eingeschlossen:

- Lieferung und Montage der allgemeinen Sanitär-Apparate, Armaturen und Garnituren.

- Die bestehenden Bodenabläufe in den Duschenräumen werden erneuert. Hierfür sind neu acht Entwässerungsrinnen aus rostfreiem Stahl eingerechnet.
- Zudem werden die Kaltwasserleitungen an der Decke ab dem bestehenden Kaltwasserverteiler im UG abgenommen und die Leitungen zu allen Apparaten ersetzt.
- Ebenfalls erfolgt die Erneuerung der Warmwasser- und Zirkulationsleitungen an der Decke ab dem bestehenden Verteiler im UG abgenommen und die Leitungen zu allen Apparaten ersetzt. Die Rohrweiten sämtlicher Leitungen werden neu bestimmt (verkleinert).

Weitere Arbeiten sind eingeschlossen:

- Isolation / Dämmung der Kalt- und Warmwasserleitungen sowie Zirkulationsleitungen.
- Sämtliche Sanitärwände (an denen Apparate montiert werden) werden in GIS-Vorwandkonstruktion erstellt.
- Sämtliche Schalldämmungen zur Entkoppelung der Wände sowie der nötigen Brandabschlüsse inklusive Zubehör sind gemäss den einschlägigen Vorschriften vorgesehen.
- Provisorien
- Demontage von bestehenden Leitungsteilen, Apparaten und Garnituren inkl. Entsorgung.

Seite 1, "Ausgangslage". Die GPK fragt:

- Erfolgt die Wärmerückgewinnung nur während der Eisproduktion oder wird auch im Sommer Wärme aus der Umgebung (Betonplatte) gewonnen?

Nein. Es wird auch im Sommer Wärme aus der Betonplatte gewonnen.

- Wird solche Wärme auch für Duschenwasser oder Heizung im Sommer genutzt oder nur für die Badewasseraufbereitung?

Im Sommerbetrieb wird die Wärme der durch die Sonne erwärmten Pistenplatte aufgenommen und über den Kondensator an das Schwimmbadwasser abgegeben.

Ziff 4: "Rechtsgrundlagen" Gesellschaftsvertrag und Leistungsvereinbarung fehlen.

Konkret geht es um den Beschluss über einen Verpflichtungskredit, wonach die im Bericht aufgeführten Rechtsgrundlagen abschliessend genügen. Die erwähnten Dokumente "Gesellschaftsvertrag" und "Leistungsvereinbarung" stellen keine alleinigen Rechtsgrundlagen für den Beschluss über den Verpflichtungskredit dar, können jedoch subsidiär auch erwähnt werden.

Allgemein: Schwimmbadfonds

- Wofür ist der Schwimmbadfonds vorgesehen?

Ursprünglich war der Schwimmbadfonds für den Bau eines Hallenbades bestimmt. Auf Ge- such der Gemeinde Zollikofen hat die zuständige kantonale Direktion im Jahr 1989 einer Än- derung der Zweckbestimmung zugestimmt, indem die Mittel nicht mehr zwingend für den Bau eines Hallenbades einzusetzen sind.

In der Botschaft an die Stimmberechtigten über die Beteiligung am Sportzentrum Hirzenfeld wurde ausgeführt, dass mit dem Vermögensbestand fallweise Investitionen, die klar dem Badebetrieb zugeordnet werden können, finanziert werden können. Damit wollte man mög- lichst nahe bei der ursprünglichen Zweckbestimmung zu bleiben.

Im vorliegenden Geschäft sind die Investitionen teilweise und nicht ausschliesslich dem Ba- debetrieb zuzuordnen, weshalb darauf verzichtet wurde, den Fonds anzuzapfen. Zudem soll- ten die Mittel unseres Erachtens primär für neu zu erstellende Anlageteile zwecks Attraktivitätssteigerung, etc. verwendet werden und nicht primär für Sanierungsmassnahmen.

- Unter welchen Bedingungen kann daraus Geld entnommen werden?

Dazu braucht es einen Beschluss des finanzkompetenten Organes. Der Fonds weist per En- de 2011 einen Bestand von 241'000 Franken auf. Es bestand keine Absicht, die vorhande- nen Fondsmittel möglichst rasch aufzubreuchen. Ich hoffe, damit die Fragen der GPK be- antwortet zu haben. Mit Ihrer Zustimmung können wir Zolliköfler ein weiteres positives Signal bezüglich dieser gemeindeübergreifenden Sportanlage senden. In der Hoffnung, dass auch der GRR von Münchenbuchsee seinen Kreditanteil an seiner Sitzung Ende Monat genehmi- gen möge. Ich bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen. Danke.

Um 19.50 Uhr betritt Anne-Lise Greber-Borel den Raum.

Präsident: Das Wort ist offen für die Fraktionen.

Bruno Vanoni, GFL: Vorneweg möchte ich zum Ausdruck bringen, dass ich etwas überrascht bin über die Ankündigung des Präsidenten, dass man hier nur "ja oder nein" zu einer Kredit- vorlage sagen kann. Ich komme aber noch darauf zurück, vielleicht kann dies rechtlich ge- nauer begründet werden.

Wir haben ziemlich Mühe gehabt mit der Vorlage, weil wir einen Überblick über bereits getä- tigte und künftig noch zu erwartende Investitionen vermisst haben. Ebenfalls vermisst haben wir eine klare Analyse der gesamten Energieversorgung inklusive Wärmedämmung und nicht von den Elementen, die jetzt Gegenstand des Berichtes sind. Wir haben an der Orien- tierung im Hirzi ein paar Fragen gestellt, aber dann aufgegeben, weil keine klaren Antworten zu erhalten waren. Deshalb haben wir unsere Fragen schriftlich bei der Gemeindeverwaltung eingereicht und gestern Abend ausführliche Antworten erhalten, die einiges geklärt haben, anderes aber nicht.

Wir danken für die nachgelieferten Antworten und nehmen nun die Aussage zur Kenntnis, dass "keine weiteren Investitionen in den nächsten fünf Jahren (bis 2016) zu erwarten sind".

Wir stellen fest, dass das Sanierungspaket auf einem Konzept aus dem Jahr 2000 basiert. Das Sanierungskonzept 2000 hätte dringendst überarbeitet beziehungsweise aktualisiert werden müssen. Bisher wurde es auch nie im Wortlaut vorgelegt, auch nicht bei den Vorak- ten, die auf der Gemeindeverwaltung eingesehen werden können, dort sind die Vorakten in einer dünnen Mappe. Sonst sind wir uns gewohnt, bei Kreditanträgen von mehreren hundert- tausend Franken ordnerweise Vorakten vorzufinden. Die technische und finanzielle "Gültig- keit" eines solchen Sanierungskonzeptes beträgt nach Einschätzung eines Fachmannes ma- ximal vier bis fünf Jahre. Wir leben in einer Zeit, in der nicht nur die rechtlichen und organisa- torischen Rahmenbedingungen, sondern vor allem auch der gebäudetechnische Fortschritt in Siebenmeilenstiefeln voranschreitet. Und nicht vergessen: Zollikofen ist heute Energie- stadt mit Ziel Gold-Label, Münchenbuchsee auch, aber im Jahr 2000 waren wir das noch

nicht. Das heisst: Sanierungsprojekte haben heute auch aus dieser Sicht erhöhte Anforderungen zu erfüllen.

Wir stellen weiter fest, dass die Vorlage einer (von uns seinerzeit beantragten) Vorgabe aus der Abstimmungsbotschaft vom 29.11.2009 - also dem Willen beider Parlamente - nicht Rechnung trägt.

"Leitplanken zum Leistungsvertrag

*Im Rahmen des Leistungsvertrags werden die strategischen Ziele als Leitplanken für die Trägerschaft definiert. Mit der Ausgestaltung des Leistungsvertrags wird **der Gemeinderat beauftragt** (vgl. Punkt 4 des Beschlussentwurfs).*

*Folgende Punkte sind dabei zu berücksichtigen: (...) **Energieeffizienz: Ökologisches Handeln zur Senkung des Energie- und Wasserverbrauchs wird angestrebt. (...)**"*

In der Vorlage sind nämlich keinerlei Massnahmen zur Senkung des Energiebedarfs vorgesehen. Aus der Vorlage und den ergänzenden Antworten sind keine verlässlichen Zahlen zu entnehmen, wie gut die Wärmedämmung ist und ob eine Verbesserung geboten wäre. Für uns bleibt offen, ob es nicht besser wäre, die Wärmedämmung zuerst zu verbessern, bevor man die Heizung neu macht. Das wird heutzutage jedem privaten Bauherrn empfohlen, bevor er in die Isolation investiert. Bevor er in eine neue Heizung investiert, soll er die Isolation verbessern, weil er sonst Gefahr läuft, dass die Heizung zu gross dimensioniert ist.

Wir haben auch erfahren, dass noch keine verlässlichen Ergebnisse aus den im Frühling eingebauten Wärmehählern vorliegen. Es besteht somit das Risiko, dass eine neue Heizung eingerichtet und dimensioniert ist, die nicht optimal auf die Bedürfnisse ausgerichtet ist.

Klar geht daraus hervor, dass die Wärme für die warmen Duschen des Schwimmbades nicht aus der sommerlichen Wärmenutzung der Betonplatten des Eisfeldes bezogen wird. An der Orientierung im Hirzi war da noch anderes oder zumindest missverständliches zu hören.

Für diese (nur saisonal während des sommerlichen Schwimmbadbetriebs genutzten) Duschen drängt sich die Einrichtung von Sonnenkollektoren auf. Warmwasser mit der Sonne aufzuheizen, macht grundsätzlich immer Sinn, das hat uns der Gründer des Solarcenters, er ist mittlerweile Fachhochschulprofessor, Urs Muntwyler heute bestätigt. Aus all diesen Gründen müssten wir eigentlich Rückweisung beantragen, weil wir aber gehört haben, dass fast alle Parteien zustimmen werden, glauben wir, dass es nichts bringt, eine Rückweisung zu beantragen. Wir möchten lieber konstruktiv Verbesserungen vorschlagen, insofern dies möglich ist.

Wir möchten, dass im Rahmen des Sanierungspaketes auch eine Kollektoranlage für das Warmwasser der Duschen, die für den Sommerbetrieb benutzt werden, eingerichtet wird. In der kurzen Zeit nach Beantwortung der Fragen waren detaillierte Abklärungen zu den Kosten einer solchen Anlage nicht möglich. Das ist auch nicht unsere Aufgabe, sondern würde zu einer seriösen Auslegeordnung gehören. Ein aktueller Kreditantrag für eine vergleichbare Anlage für Solarduschen im Schwimmbad Engelburg in Rikon (Gemeinde Zell) zeigt jedoch, dass die Kosten sich im fünfstelligen Frankenbereich bewegen könnten. Dies kostet knapp Fr. 90'000.00. Nach Einschätzung von Professor Urs Muntwyler dürfte eine Anlage im Hirzi deutlich billiger zu stehen kommen. Jedenfalls dürften die Kosten kleiner sein als die Ungenauigkeitsmarge dieser Kreditvorlage (sie macht bei den angegebenen Ungenauigkeiten der Kostenvoranschläge von 5 – 10 Prozent fast Fr. 100'000.00 aus. Und vermutlich wären die Solarduschen auch billiger als die Sanierung der Mietwohnung. Diese ist eigentlich ein Fremdkörper in dieser Vorlage. Jeder private Wohnungsvermieter muss Sanierungen und Erneuerungen von Wohnungen aus den Mieteinnahmen finanzieren. Hier beim Hirzi fliessen die Mieterträge in die Kasse des Hirzi-Trägervereins. Aber für die Sanierung sollen die Gemeinden mit zusätzlichen Investitionsbeiträgen aufkommen. Das ist eigentlich völlig unlogisch und hat nichts mit den Regeln der Marktwirtschaft zu tun. Ganz abgesehen davon kann man sich fragen, weshalb es im Hirzi überhaupt eine Mietwohnung braucht, wenn sie nicht von Betriebsmitarbeitenden bewohnt wird.

Wir wollen eine Beteiligung an den Sanierungskosten der Mietwohnung jedoch nicht bekämpfen. Wir haben aber den Eindruck, dass der Kredit ausreichend gross bemessen ist, dass daraus auch noch für ein paar zehntausend Franken eine Solaranlage für die warmen Duschen finanziert werden kann. Wir verstehen den Kredit gewissermassen als Kostendach. Priorität haben für uns die Sanierungen von Heizung und Sanitäranlagen sowie die Sonnenkollektoren fürs Sommerduschwasser. Wenn das Geld dann auch noch für die Wohnung reicht, kann es der Hirzi-Verein so einsetzen.

Deshalb beantragen wir, den Antrag des Gemeinderates mit einem präzisierenden Satz zu ergänzen. Falls dies aus rechtlichen Gründen nicht möglich sein sollte, möchten wir gerne eine Begründung. Für diesen Fall stellen wir als Eventualantrag einen Rückweisungsantrag. Ich nehme an, dass ich diese Anträge später noch im Detail erklären kann.

Präsident: Das ist eine verfahrenstechnische Beurteilung meinerseits und nicht eine juristische: Ich gehe davon aus, dass wir hier über dasselbe abstimmen sollen wie unsere Partnergemeinde. Wir können nicht einen anderen Kredit gewähren. Sonst müssen wir das Geschäft an den Trägerverein zurückgeben um das neue Projekt vorzulegen. Das ist meine Meinung als Versammlungsleiter. Das Wort ist offen für die Ratsmitglieder.

Peter Bähler, SVP: Wir hier im Rat und später das Stimmvolk mit fast 80 Prozent Ja-Stimmen haben beschlossen, eine aktivere Rolle beim Sportzentrum Hirzenfeld zu übernehmen. Alle wussten zu diesem Zeitpunkt, dass dies nicht gratis zu haben ist. Bereits in der Vorlage (Bericht MüZo) wurden anstehende Investitionen aufgelistet im Rahmen des damaligen Finanzplanes von Münchenbuchsee. Die Summe deckt sich ziemlich genau mit dem, was wir jetzt vom Gemeindepräsidenten gehört haben. Die Investitionen von rund Fr. 50'000.00 pro Jahr gehen übrigens zu Lasten des Betriebes. Aus diesem Grund hatte die SVP in der damaligen Debatte eine pauschale Regelung verlangt – unterlag aber leider knapp. Nun sitzen wir mit im Boot. Die SVP dankt dem Gemeinderat für das Organisieren einer Besichtigung mit Erklärungen vor Ort. Viele unserer Fraktion hätten gerne die Anlage besichtigt. Leider konnten nur zwei Mitglieder kommen. Der Zeitpunkt ist mit 18.00 Uhr früh angesetzt, nicht alle konnten den Arbeitsplatz verlassen. Ein Termin um 19.00 Uhr oder 19.30 Uhr wäre besser gewesen. Die Fraktion diskutierte die Vorlage eingehend. Um den Weiterbetrieb ab 2014 zu sichern, sind diese Massnahmen nötig. Die damalige Bauweise der Wärmegewinnung war übrigens genial, vor dreissig Jahren gebaut ohne grüne Politik. In einigen Punkten sind Sanierungen dringend. Eventuell könnten ein paar Arbeiten auch in zwei bis drei Jahren ausgeführt werden. Doch wäre es falsch, jetzt Teile herauszuberechnen. Das ändert nichts an der Tatsache, dass die Arbeiten anstehen. Besser einmal richtig machen, als immer wieder Bruchstücke.

Die SVP-Fraktion stimmt diesem Geschäft mehrheitlich mit wenig Begeisterung zu.

Die SVP stellt sich die Frage, ob sich andere Gemeinden mit Hockeyclubs auch am Winterbetrieb beteiligen. Bei den Gesellschaftsverhandlungen und den Diskussionen im GGR wurde diese Option zur Prüfung angesprochen. Wir sehen nun im Kostenteiler, dass noch nichts einberechnet wurde. Wir fragen den Gemeinderat an: Weiss man, wie der Stand diesbezüglich ist? Sind andere Gemeinden, die gerade während des Winterbetriebes sehr profitieren angefragt worden? Liegen Resultate vor, wie weit man mit diesen Verhandlungen ist?

Präsident: Wem darf ich das Wort erteilen?

Peter Traber, SP: Für die SP ist die Sportanlage Hirzenfeld ein wichtiges Zentrum. Die Eishockey-Anlage und das Bad sind in unmittelbarer Nähe Zollikofens und werten den Standort Zollikofens auf. Die Bevölkerung der Gemeinde hat in der Abstimmung vom 29. November 2009 mit 2700 Stimmen beschlossen, dass man das Hirzi gemeinsam mit der Gemeinde Münchenbuchsee betreiben will. Bei dieser Ausgangslage ist es für die SP-Fraktion wichtig, dass das Sportzentrum in einem sehr guten Zustand weitergeführt wird und dass dieser Zustand mit gezielten Massnahmen erhalten bleibt, wie es eben vorgeschlagen wird. Die SP-Fraktion unterstützt deshalb die geplante Sanierung wie sie vorliegt und stimmt dieser Vorla-

ge mit dem Beitrag, den wir heute sprechen, zu. Dies aus drei Gründen: Die Wärme-Energie wird mit dem geplanten Einbau einer Pellets-Feuerung mit erneuerbarer Energie gedeckt. Die Anlage wird behindertengerecht ausgestaltet und mit dem Ersatz der Wasserleitungen wird eine gute Wasserqualität gewährleistet. Als wir an der Führung gesehen haben, in welchem Zustand diese Wasserrohre sind, war es klar, dass sie ersetzt werden müssen. Hier teile ich die Auffassung von Peter Bähler. Die Korrekturen, die hier vorliegen, müssen wir jetzt machen und nicht noch hin- und herschieben.

Wir haben zwei Fragen: Wie sieht es aus mit der Wärmeisolation des Gebäudes? Betrifft die Heizung die Bereiche "Badewasser", "Eisfläche" und "Mietwohnung"? Danke.

Präsident: Das Wort ist offen für die Fraktionen.

Ralph George, FDP: Das Hirzi ist eine gute Sache. Wir finden es auch gut, dass Münchenbuchsee einen Anteil des damals aufgelassenen Sanierungsbedarfs übernimmt und die FDP-Fraktion unterstützt dieses Projekt. Wir haben noch eine Frage: woher kommen die Pellets, die künftig verheizt werden sollen?

Präsident: Weitere Wortmeldungen?

Roland Stucki, EVP: Für unsere Fraktion war eigentlich klar: wer "a sagt, muss auch b" sagen, sprich "durchwinken". Jetzt zeigt sich, dass das GGR-System auch Schwachstellen hat. Wir bereiten uns alle angemessen vor aufgrund der zur Verfügung stehenden Unterlagen und können dann, zumindest von der Flexibilität her, reagieren wie ein Hochseeschiff, wenn neue Sachen dazu kommen. Das stört mich. Was die GFL soeben vorgetragen hat, ist stichhaltig. Das verdient, dass man das Geschäft allenfalls nochmals anschaut. Wir haben uns vorbereitet, unsere Voten liegen vor, jetzt können wir nur noch zustimmen. Aber was sie sagen, ist gut. Das müsste man doch irgendwie einbetten können und nicht einfach abmurksen. Korrekt wäre eine Rückweisung, dann die berechtigten Anmerkungen aufnehmen und dann wieder einbringen. Da stimmen wir wohl alle zu.

Präsident: Gibt es weitere Voten? Das ist nicht der Fall. Das Wort ist offen für die Ratsmitglieder.

Ralph George, FDP: Ich finde einen Rückweisungsantrag übertrieben. Ich hätte es auch begrüsst, einen Vertreter des Planungsbüros hier zu sehen, aber ich kenne dieses Büro, es ist renommiert und spezialisiert. Ich gehe davon aus, dass es die Möglichkeiten ausgeschöpft hat, die sinnvoll und für diese Projekt angebracht sind. Deshalb möchten wir von einer Rückweisung absehen.

Präsident: Wir kommen zur Bereinigung. Als Präsident stelle ich fest, es geht um einen Verpflichtungskredit, nicht um einen Rahmenkredit. Ein Rahmenkredit nimmt Stellung zu einem Programm, welches nicht klar aufgestellt ist. Ein Verpflichtungskredit betrifft ein Projekt, welches klar definiert ist. Das ist mit ein Grund, dass ich zum Schluss komme, dass man das Projekt nicht ändern kann, ohne dass wir es zurückweisen. Diesen Sachverhalt möchte ich, weil es meine persönliche Ansicht ist, zur Diskussion stellen.

Bruno Vanoni, GFL: Ich möchte nicht "in Formalismus machen". Wenn Ratspräsident und Rat der Meinung sind, dass ein konkreter Antrag nicht möglich ist, dann würde ich mich dem unterziehen. Dann wären wir aber zum Rückweisungsantrag gezwungen. Mit dem Antrag, den wir vorbereitet haben, möchten wir einen klar definierten Verpflichtungskredit bringen. Darum würde ich diesen gerne kurz erklären und somit erübrigt sich eventuell eine Diskussion. Der erste Satz des Antrages würde wie vom Gemeinderat vorgeschlagen, lauten: *"Der Verpflichtungskredit von Fr. 439'000.00 Für die Sanierungsmassnahmen beim Sportzentrum Hirzenfeld wird zu Lasten der Investitionsrechnung bewilligt."* Unser Antrag wäre dann folgender zusätzlicher Satz: *"Der Kredit ist primär bestimmt für die Realisierung der Teile I (Ersatz Wärmeerzeugung) und III (sanierung Sanitäre Anlagen inkl. Leitungersatz) des Sanie-*

rungepakets sowie für die Einrichtung einer Sonnenkollektoren-Anlage, um zumindest die nur während der Badesaison betriebenen warmen Duschen mit Warmwasser zu versorgen." Wenn man diesen Satz aufnehmen könnten, hätte der GGR Münchenbuchsee auch die Möglichkeit, darüber zu befinden. An der Kredithöhe würden wir nichts ändern wollen. Wie ich begründet habe, ist erstens die Kollektoren-Anlage nicht so teuer und zweitens ist die Kredithöhe so grosszügig bemessen mit Unsicherheiten, das kann man nachlesen, bis zu 15 Prozent bei den Voranschlägen, so dass es möglich sein sollte, dass der GGR Münchenbuchsee am nächsten Mittwoch darüber befinden könnte, wenn hier die Mehrheit den Antrag gut findet. Falls die Mehrheit den Antrag nicht gut findet, dann ist er vom Tisch. Ich weiss, dass in Münchenbuchsee weitere Anträge vorbereitet werden, offenbar geht man auch dort davon aus, dass solche Anträge gestellt werden können. Ich möchte daran erinnern, dass wir schon öfter Verpflichtungskredite, die aus einem Satz bestanden, genehmigt haben. Wir haben aber als GGR das Recht, den Betrag zu ändern und damit auch den Inhalt der Vorlage. Ebenso beim Verwaltungsgebäude, wo aus einem Neubau eine Sanierung des bestehenden Gebäudes gemacht wurde. Ebenfalls bei der Mehrzweckhalle Geissshubel, bei der wir ein anderes Lüftungssystem beschlossen haben, als in der Botschaft geschrieben stand. Ich finde, der GGR sollte die Möglichkeit haben, solche grundlegenden Änderungen, nicht Details der Projektierung, zu beschliessen, wenn er das will. Immerhin geht es um einen Betrag von knapp Fr. 400'000.00. Die dringlichen Arbeiten bei Heizung und Sanitäranlagen stellen wir nicht infrage, mit unserem Antrag möchten wir, dass wir heute über die Vorlage entscheiden können und sie nicht zurückweisen müssen. Wir wollten auch nicht die Seriosität des Ingenieurbüros infrage stellen. Das Problem ist, und das wurde bei der Besichtigung im Hirzi deutlich, die Büros, welche die einzelnen Komponenten der Vorlage ausgearbeitet hatten, eben nur einen eingegrenzten Auftrag gehabt haben und konnten nicht die ganze Energieversorgung nochmals prüfen sondern nur die Heizungssysteme. Wir möchten als GGR-Mitglieder grundsätzliche Weichen stellen dürfen und die Vorlage kommt grundsätzlich durch, so wie sie vorgeschlagen ist, einzig zusätzlich mit der Sonnenkollektoranlage auf dem Dach.

Hans-Jörg Rhyn, SP: An der Besichtigung im Hirzenfeld habe ich genau diese Frage gestellt. Dass es vielleicht sinnvoll wäre, auf dem Dach des Garderobengebäudes Sonnenkollektoren anzubringen und die Duschen so aufzuheizen, was heute eine Selbstverständlichkeit ist. Wir bekamen zur Antwort, dass die Duschen bereits durch die Wärmerückgewinnung gespiesen würden. Das stimmt heute offensichtlich nicht mehr. Man hat sich damals wohl getäuscht. Das ist nicht so schlimm. Aber ich finde, bei der Marginalität dieses Betrages sollte man von Seiten der beiden Exekutiven, aber auch von der Trägerschaft ein Zeichen geben, dass man es verstanden hat. Dass man probiert, dies zu tun, im Rahmen dieses grossen Betrages. Ich als Hans-Jörg Rhyn möchte den Antrag der GFL unterstützen.

Präsident: Wem darf ich das Wort erteilen?

Kurt Jörg, Vize-Gemeindepräsident: Die beiden Büros, die die Berechnungen erstellten, haben seriös gearbeitet. Der Unsicherheitsfaktor von 15 Prozent kann auch nur damit begründet werden. Sonst müsste dieser wesentlich höher angesetzt werden. Man hat dem Büro auch nicht verboten, weitere Sachen anzuschauen, wir haben vom Vorstand Hirzi selber in Betracht gezogen, eine Solaranlage auf das Dach zu stellen. Wir haben auch den Nutzen angeschaut. Heute habe ich mich extra nochmals rückversichert, dass es zwei Warmwasserduschen gibt, die mit Franken gespiesen werden müssen. Alle anderen sind Kaltwasserduschen. Die beiden Warmwasserduschen werden kaum benutzt. Die Sportduschen, bei denen es logischerweise warmes Wasser braucht, dort ist der Haken, dass sie während des Sommers zwischen ein- bis maximal fünfmal benutzt werden. In diesem Jahr noch nie. Also ist eine Solaranlage ausgeschlossen, rein vom Nutzen her. Einen Nutzen würde es eventuell dem Restaurant bringen. Dieses braucht aber ebenfalls sehr wenig Warmwasser, das ist der einzige konstante Warmwasser-Verbraucher den wir in der Sommersaison haben. Solch eine Anlage kostet zwischen Fr. 30- und 80'000.00. Wenn die Solaranlage dann nur für das Restaurant gebaut werden müsste, steht das in keinem Verhältnis bezüglich Kosten und

Nutzen. Es kommt immer wieder die Frage, was wir alles im Parlament bestimmen können. Hier sieht die Sache anders aus, weil wir nicht Bauherr sind. Zollikofen und Münchenbuchsee haben nur den Kredit beschlossen, Bauherr ist der Trägerverein.

Präsident: Der Gemeindepräsident wünscht das Wort.

Stefan Funk, Gemeindepräsident: Die Frage von Peter Traber wegen der Beteiligung anderer Vereine an den Kosten bezüglich Hirzi kann ich so beantworten, dass wir vom Eishockeybetrieb von Mosseedorf den einmaligen Beitrag von Fr. 60'000.00 erhalten haben.

Präsident: Ich komme zum Verfahren. Der Antrag ist gestellt. Ich beharre auf meinem Standpunkt, an diesem Abend einen Beschluss zu erwirken, der mit dem der Gemeinde Münchenbuchsee kompatibel ist. Ich erinnere Euch daran, was passiert, wenn wir einen Kredit von Fr. 425'000.00 und Münchenbuchsee einen anderen hat, so geht das nicht. Ich bin der Meinung dass wir zurückweisen müssten, der Trägerschaft übergeben und diese müsste das Projekt im hier vorgeschlagenen Sinne neu aufgleisen und dann wieder bringen. Ich schlage folgendes Prozedere vor: Zuerst treten wir ein auf den Antrag GFL. Wir stellen ihn dem gemeinderätlichen Antrag gegenüber. Wenn die Behandlung des Antrages GFL angenommen wird, stimmen wir noch über den Inhalt ab.

Die erste Frage lautet: "Stimmen wir über den GFL-Antrag ab"?

Aus dem GGR kommt folgende Frage: Geht das überhaupt?

Präsident: Ich habe meine Bedenken. Es ist kein Rahmen- sondern ein Verpflichtungskredit. Wenn der Grosse Gemeinderat den Antrag der GFL zulassen will, dann tun wir das auch. Wer ist damit einverstanden, dass über den Antrag der GFL abgestimmt wird, soll das mit Handerheben bezeugen.

Abstimmung

Der Antrag wird mit 17 zu 13 Stimmen abgelehnt.

Präsident: Wir kommen zum Rückweisungsantrag. Wer ist für die Rückweisung des Antrages? Es handelt sich um den *"Eventualantrag der GFL, für den Fall dass der obige Antrag aus rechtlichen Gründen nicht möglich sein sollte: Rückweisung an den Gemeinderat mit dem Auftrag, vom Trägerverein Hirzi ein überarbeitetes Sanierungspaket zu verlangen, das Investitionen zur Reduktion des Energieverbrauchs und zur verstärkten Nutzung der Sonnenenergie insbesondere für das Dusch-Warmwasser in der Badesaison vorsieht."*

Wer will diesem Antrag auf Rückweisung in dieser Form zustimmen? Der soll das mit Handerheben bezeugen.

Abstimmung

Der Rat lehnt den Antrag der GFL auf Rückweisung mehrheitlich ab.

Präsident: Wir kommen zur Abstimmung betreffend Bewilligung des Verpflichtungskredites von Fr. 439'300.00 für die Sanierungsmassnahmen beim Sportzentrum Hirzenfeld zu Lasten der Investitionsrechnung. Wer diesen Kredit bewilligen will, soll dies mit Handerheben bezeugen.

Abstimmung

Der Rat bewilligt den Verpflichtungskredites von Fr. 439'300.00 für die Sanierungsmassnahmen beim Sportzentrum Hirzenfeld zu Lasten der Investitionsrechnung grossmehrheitlich zu vier Stimmen.

61 1.12.34 Reglement öffentliche Sicherheit und Verordnung

ZSO – Übertragung der Aufgaben an die ZSO Bern plus

Präsident: Ist das Eintreten auf dieses Geschäft bestritten? Das ist nicht der Fall. Wir beraten das Geschäft zuerst in einer allgemeinen Runde bevor wir dann seitenweise das Reglement "Öffentliche Sicherheit" beraten. Die anschliessende Abstimmung ist dann in drei Teile aufgliedert. Die GPK hat das Wort.

Thomas Ackermann, GPK: Die GPK bittet den Gemeinderat, dem Parlament zu erklären, wie der Preis von Fr. 11.03 pro Einwohnerin und Einwohner zustande gekommen ist. Wieso ist das Mehrwertsteuerpflichtig?

Präsident: Der Gemeinderat hat das Wort.

Edi Westphale, Gemeinderat: ZSO Bern plus heisst: höhere Professionalität, schnellere Einsatzbereitschaft, ein fairer Vertrag. Die Anpassung des Reglements öffentliche Sicherheit liegt mit Antrag auf Genehmigung vor. Damit ihr die Hintergründe dazu kennt, haben wir Ihnen das Vertragswerk und das Leistungsprofil der Zivilschutzorganisation Bern plus zugestellt. Ihr habt vorgängig die Unterlagen studiert und ich verzichte hier auf eine Wiederholung der aufgeschriebenen Fakten, zumal ich ja schon vorgängig bei einigen von Ihnen vorsprechen konnte. In diesem Zusammenhang bedanke ich mich bei den Fraktionen CVP und GFL, entschuldige mich bei der FDP, dass ich nicht kommen konnte und habe Verständnis dafür, dass es bei der SP nicht gepasst hat.

Ich gehe jetzt auf die Fragen der GPK und die Bemerkungen der Fiko ein und ergänze noch drei Punkte, welche zu Diskussionen im Vorfeld geführt haben. Die Fr. 11.03 kommen vereinfacht wie folgt zustande: Der Personalaufwand der ZSO Bern plus (inklusive Bern, Bremgarten, Hinterkappelen) geteilt durch deren Einwohnerzahl ergibt diesen Betrag. Natürlich gibt es einen Synergie-Effekt, aber dafür wird keine Gebühr an der Infrastruktur erhoben. Zur Mehrwertsteuer: bis zur Frage der GPK waren wir der Meinung, dass Artikel 3, Buchstabe g, des Mehrwertsteuergesetzes greift, der sagt: *"Die hoheitliche Tätigkeit als Tätigkeit eines Gemeindewesens die nicht unternehmerischer Natur, nicht marktfähig ist und nicht im Wettbewerb mit Tätigkeiten privater Anbieter steht und somit mehrwertsteuerbefreit ist."*

Wir haben nun aber mit der ZSO Bern plus eine Leistungsvereinbarung und wie der Name schon sagt, beziehen wir eine unternehmerische Leistung und diese steht im Wettbewerb mit möglichen anderen privaten Anbietern, deshalb ist sie auch mehrwertsteuerpflichtig. Wir werden dies aber in der Finanzverwaltung noch einmal genau prüfen, ob dem so ist, ich berichte ein anderes Mal darüber, es wird höchstens günstiger.

Unter dem Strich kann aber festgehalten werden, dass die ZSO Bern plus einen fairen Vertrag bietet und wir so günstiger unterwegs sind als bisher und erst noch mit besserer Leistung. Die Finanzkommission hat drei Bemerkungen gemacht in ihrer Stellungnahme:

1. *Wir haben keine langfristige Kostengarantie.* Ich bin der Meinung, dass wir die mit dem Artikel 10.3 des Vertrages haben. Dort steht: *In Abhängigkeit der gesetzlichen Anpassungen oder Änderung des Leistungsprofils und der Aufbauorganisation überprüfen beide Vertragsparteien nach jeweils zwei Jahren die Höhe der Abgeltung.* Somit kann eine Erhöhung oder Senkung ohne Anpassungen im Profil nicht erfolgen.

2. *Kosten für einen allfälligen Einsatz.* Ja, die kommen dazu, wenn etwas passiert. Aber das war auch vorher so. Wir haben eine Einsatzkostenversicherung Konto 161.3645.01, damit sind wir gegen anfallende Kosten versichert.

3. *Indirekte Mehrkosten* Ja, das stimmt. Die Feuerwehr hat sich bisher mit der Zivilschutzorganisation ein Fahrzeug geteilt, 40 Prozent Feuerwehr, 60 Prozent Zivilschutz. Diese 60 Prozent braucht der Zivilschutz nicht mehr. Also mussten sie jemandem gegeben werden, am naheliegendsten war es, es der Feuerwehr zu übertragen, weil das Auto ja auch physisch bei der Feuerwehr steht. Zu meinen Bemerkungen:

1. *Arbeitsgruppen und Einfluss von Zollikofen:* Zum einen gibt es den Lenkungsausschuss. Hier sind fünf Vertreter der FZQ (Feuerwehr, Zivilschutz und Quartieramt der Stadt Bern) und fünf Vertreter der Gemeinden dabei. Bei den Gemeinden ist dies jeweils der zuständige Gemeinderat, also ich. Fünf Gemeinden deshalb, weil Münchenbuchsee (vertreten durch Frau Maring) noch mit Wiggiswil, Deisswil und Diemerswil Verträge abgeschlossen hat und diese ebenfalls der ZSO Bern plus beitreten. Im Projektteam, und das kann ich hier gerne verkünden, war Zollikofen eine treibende Kraft. Hans Hostettler (Vizepräsident der SIKO) und vor allem Heidi Ulrich als Bereichsleiterin Sicherheit haben einen tollen Job gemacht. Das habe ich an jeder Sitzung des Lenkungsausschuss gehört oder in E-Mails lesen können. Zollikofen hat seine Bedürfnisse sehr gut einbringen können und sie wurden auch übernommen.

2. *Einsitz in Feuerwehr- /Zivilschutzkommission:* Im Vertrag steht, dass dies nur "vorbehältlich der Zustimmung des zuständigen Organs geschieht." Nun, da Hinterkappelen und Bremgarten bereits in dieser Kommission sind, ist diese Wahl nur eine Formsache, schliesslich gilt hier die Rechtsgleichheit. Vertreter wird dort der Gemeinderat Sicherheit sein.

3. *ABC-Schutz wird nicht gewährt:* Im Leistungsprofil steht, dass keine Leistungen im Bereich ABC (Atom, Biologie oder Chemie) geleistet werden. Hier gilt, wie bei der generellen Beurteilung von Atomunfällen, die Eintretens-Wahrscheinlichkeit und nicht das Ausmass einer möglichen Katastrophe. Die FW Bern ist ABC Stützpunkt und Zollikofen, als Gemeinde der Zone zwei muss keine speziellen Massnahmen treffen. Das hatten wir bis heute auch nicht, deshalb werden wir auch keine Leistungen beziehen.

Ich bitte Sie, die Änderung des Reglements öffentliche Sicherheit und den Austritt aus dem Gemeindeverband RKZ Ostermündigen und die daraus resultierende Reduktion der bewirtschaftenden Stellen um 60 Stellenprozente zu genehmigen. Danke.

Präsident: Das Wort ist offen für die Fraktionen.

Anne-Lise Greber-Borel, GFL: Der vorliegende Antrag erhält unsere volle Unterstützung. Wir stimmen ihm gerne zu. Klar, einer der Gründe dafür ist, dass der Leiter des Teams, der das Projekt entwickelt, hat, unsere Partei im Gemeinderat vertritt. Andere Gründe haben mit dem Projekt selber zu tun. In einer ungünstigen und heiklen Situation (fehlender Kommandant der ZSO und auch kein Stellvertreter mehr) wurde zusammen mit Vertretern der mitinvolvierten Gemeinde Münchenbuchsee überlegt, wie es weitergehen solle und was nötig und sinnvoll für die beiden Gemeinden ist. Im Antrag und Bericht können wir nachvollziehen, wie die Suchphasen sich entwickelt haben und wie am Schluss die beste Lösung gefunden wurde. Die Erklärungen sind ausführlich, die wichtigen Unterlagen wurden beigelegt und die finanziellen Folgen sind klar aufgezeigt. Die Vorlage bietet eine sehr gute Entscheidungsgrundlage, die ich gerne auch vermehrt in anderen Vorlagen vorfinden möchte. Danke.

Elisabeth Aebi, SVP: Ich nehme das Resultat vorneweg, die SVP wird dem Geschäft zustimmen. Ich erlaube mir aber noch ein paar Bemerkungen. Zur regionalen Zusammenarbeit: Es ist richtig, dass Zollikofen die regionale Zusammenarbeit dort sucht, wo sie sinnvoll ist. Es ist vor allem gegenüber den Gemeinden der Fall, wo eine bestehende Beziehung ausgebaut und verstärkt werden kann und auch in Zukunft mit weiteren Gemeinsamkeiten gerechnet werden kann. Das wäre mit Münchenbuchsee der Fall gewesen. Die gleiche Beurteilung gilt übrigens auch für die Sicht aus Münchenbuchsee. Der Schwenker von unseren beiden Gemeinden bis Bern halten wir für etwas stark. Nachdem sich Münchenbuchsee auch für die Allianz mit Bern entschieden hat, war natürlich "der Mist gefahren".

Zum taktischen Aspekt und Einsatzraum: Die regionale Zusammenfassung der Zivilschutzorganisationen sollte sich nicht nach politischen Grenzen sondern nach dem praktischen Einsatzraum richten. Nach einem Gebiet, in dem diese Kräfte im Katastrophenfall auch ein-

gesetzt werden können. Dort besteht ein natürliches Interesse der Einsatzleute. Aus der Sicht Zollikofens ergibt sich noch kein zwingender, über den Ort ausgehender Einsatzraum. Weil wir uns glücklicherweise in keinem der klassischen Risikogebiete befinden, in denen Erdbeben, Mauerangang, Lawinen, Hochwasser und Stürme niedergehen. Es bleiben punktuelle Zivilisationskatastrophen wie Transportunfälle auf Schienen und Strassen, eventuell aus der Luft, weil wir in der Anflugschneise Belp liegen. Und schliesslich Grosskatastrophen wie Erdbeben und Kernkraftwerk-Zwischenfälle. Dort werden wir aus Sicht der Organisation ZSO Bern plus ein Quartier darstellen, das von der Zentrale aus unterstützt wird, lokal aber, müssen wir fürs Erste selber schauen.

Administrativer, ausbildungsmässiger und finanzieller Aspekt: Hier ergibt das Zusammengehen mit Bern Vorteile. Die Administration, die ganze Ausbildung und das Üben von Einsätzen kann auf eine professionelle Organisation abstützen. Im Einsatz stehen Einsatzleiter und Führungshilfen mit Erfahrung. Es können wirkungsvolle und rasch verfügbare Task-Forces für mittlere Fälle geschaffen werden. Das macht den Dienst auch interessanter. Das Feld für die Rekrutierung des Kadets wird breiter. Statistisch gesehen sollte es leichter werden, gutes Kader zu rekrutieren. Ein Wohnortwechsel im Agglomerationsbereich wäre weniger zwingend mit der Aufkündigung einer Kaderfunktion verbunden. Wir dürfen von einer besseren Kontinuität und steigender Motivation im Kader rechnen. Wie sich aus den Unterlagen herauslesen lässt, können ebenso Kosten eingespart werden. Wir sind uns bewusst, dass Zollikofen trotz dieser Zusammenarbeit für ihre Zivilschutzorganisation verantwortlich bleibt. Ich bitte Euch, dem Antrag zuzustimmen.

Elisabeth Wendelspiess, SP: (Die Protokollführerin: Stellt einen kleinen Ventilator auf das Pult von Gemeinderat Edi Westphale) Kennen Sie den Unterschied zwischen dem Zivilschutz und dem Ventilator? Es gibt keinen. Man kann ihn eine lange Zeit nicht benutzen, aber wenn das Ereignis eintritt, ist man froh, dass man ihn hat und dass er funktioniert. Dieser Ventilator ist für meinen obersten Zivilschutzchef. Die Leitung der Zivilschutzorganisation ist schon seit einiger Zeit ein Sorgenkind. Es wurde immer schwieriger, in einem speziellen Sicherheitsbereich, der sich zum grossen Teil auf Freiwilligenarbeit abstützen konnte, gute Leute zu finden. Ein erster Schritt war die Zusammenführung der ZSO Münchenbuchsee und Zollikofen. Doch auch hier gab es gravierende Vakanzen und die Gemeinde Zollikofen musste nach einer professionelleren Lösung suchen. Der heutige Vorschlag, die Übertragung der Aufgaben in den Zivilschutzbereich der Gemeinde an die ZSO Bern plus hat gute Vorteile. Vollamtlich angestellte Mitarbeitende werden sich in einem professionellen und regionalen Umfeld um die ZSO kümmern. Die ZSO Bern hat Erfahrung mit der Übernahme von weiteren regionalen ZSO. Die SP-Fraktion begrüsst, dass man auch in Bezug auf die personelle Seite eine Lösung finden konnte. Faktisch haben wir heute schon auf Mandatsbasis Zuständigkeiten Berns. Wir können heute mit der Annahme des Anschlussvertrages am Leistungsprofil und der Änderung vom Reglement öffentliche Sicherheit (RÖS) einen Schlussstrich nach hinten und einen Schritt nach vorne machen. Von der Kostenseite her ist diese Lösung vernünftig und sobald die Kosten gegenüber dem RKZ Ostermündigen wegfallen, auch adäquat für die eingekauften Leistungen. Die SP-Fraktion dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für ihre engagierte Arbeit und die gute Vorlage zu einer komplexen Materie. Wir bitten den Rat, die Anträge anzunehmen. Danke.

Patrick Magnani, FDP: Die FDP-Fraktion befürwortet den Leistungsvertrag mit der ZSO Bern plus. Vorteile sehen wir vor allem in der Professionalität der ZSO Bern plus und in den Kostenoptimierungen. Mit der Zentralisierung wird auch die Kontinuität und die ständige Verfügbarkeit des Zivilschutzes gewährleistet. Das Problem ZSO Münchenbuchsee Zollikofen ist nicht nur personeller Natur, auch ein Grossteil der Materialien entspricht heute nicht mehr den Sicherheitsstandards. Die Geräte sind veraltet und müssten ersetzt werden. Durch den Zusammenschluss ergeben sich Synergien. Es können mehr Investitionen getätigt werden. Wir bitten Euch, der Vorlage zuzustimmen.

Präsident: Das Wort ist offen für alle Ratsmitglieder.

Reto König, SP: Vor einer halben Stunden hatten wir noch 9'782 Einwohner. Jetzt haben wir 10'100 Einwohner. Wieso?

Stefan Funk, Gemeindepräsident: Nach heutigem Stand sind es 10'174 Einwohner.

Daniel Bichsel, Finanzverwalter: Auch wenn ich hier nicht beigezogen bin – es gibt drei Wohnbevölkerungen: eine Zivilrechtliche, die Wirtschaftliche, hier mit 10'174, zivilrechtlich sind nur die, die mit Heimatschein angemeldet sind und dann gibt es noch die sogenannte FILAG-Bevölkerung, die für den Vollzug vom FILAG und für alle Lastenverteiler massgebend sind. Dort werden nicht immer gleich viel Personen gezählt. Darum muss man schauen, welche Bevölkerung man nimmt. Bei Lastenverteilungssystemen kommt oft die Zahl von 9700, 9800 Einwohnerinnen und Einwohnern.

Präsident: Wir kommen nun zur Detailberatung des Reglementes und gehen dabei seitenweise vor. Das Dokument hat sieben Seiten.

Gibt es Bemerkungen zu Seite 1: Keine Bemerkungen.

Seite 2: Keine Bemerkungen.

Peter Kofel, GFL: Auf Seite 3, Artikel 10 hat es einen Schreibfehler beim Wort "Gemeindeführungsorganisation".

Seite 4: Keine Bemerkungen

Präsident: Wir kommen zur ersten von drei Abstimmungen. In abschliessender Zuständigkeit stimmen wir zuerst über folgendes ab: Wer damit einverstanden ist, dass die Gesamtzahl der zu bewirtschaftenden Stellen gemäss Art. 9 Personalreglement um 60 Stellenprozente reduziert wird, soll dies mit Handerheben bezeugen.

Abstimmung (einstimmig)

A In abschliessender Zuständigkeit:

- 1. Die Gesamtzahl der zu bewirtschaftenden Stellen gemäss Art. 9 Personalreglement wird um 60 Stellenprozente reduziert.**

Präsident: Wir kommen zur zweiten Abstimmung. Hier stimmen wir über die Änderung des Reglements öffentliche Sicherheit (RöS) ab. Wer damit einverstanden ist, dass die Änderung des Reglements öffentliche Sicherheit (RöS) genehmigt wird, soll dies ebenfalls mit Handerheben bezeugen. Wegen der Möglichkeit des fakultativen Referendums werden die Stimmen ausgezählt.

Abstimmung (32 Ja-Stimmen gegen 0 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen)

B Unter Vorbehalt des fakultativen Referendums:

- 1. Die Änderung des Reglements öffentliche Sicherheit (RöS) wird genehmigt.**

Präsident: Das stimmt so, wir sind 33 Anwesende und ich stimme ja nicht mit. Es folgt die letzte Abstimmung bezüglich "Austritt aus dem Gemeindeverband Regionales Kompetenzzentrum Ostermundigen. Wer damit einverstanden ist, erhebe die Hand und die fakultative Referendumpflicht verlangt auch hier Auszählen der Stimmen.

Abstimmung (32 Ja-Stimmen gegen 0 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen)

- 2. Der Austritt aus dem Gemeindeverband Regionales Kompetenzzentrum Ostermundigen wird genehmigt.**
-

Präsident: Damit sind wir am Ende des Geschäftes angelangt.

62 1.201.26 Schulkommission

Schulkommission; Demission; Ersatzwahl

Präsident: Mit Schreiben vom 19. Juni 2012 gab Roger Weber, EVP, seinen Rücktritt mit sofortiger Wirkung bekannt gegeben. Wir nehmen heute eine Ersatzwahl vor. In der Zwischenzeit hat die EVP einen Wahlvorschlag gemacht. Es ist Annemarie Zingg, sie ist heute anwesend und steht von der EVP her zur Verfügung. Möchte die Fraktion diesen Entscheid begründen?

Roland Stucki, EVP: Ich glaube nicht, es ist eine valable Lösung.

Präsident: Gibt es weitere Vorschläge? Wenn nicht, danke ich Annemarie Zingg. **Sie ist ab sofort bis zum 31. Januar 2013 neues Mitglied der Schulkommission.**

63 1.92. Parlamentarische Vorstösse

Interpellation Roland Stucki betreffend KulturLegi; Antwort

Präsident: Die Antwort des Gemeinderates liegt schriftlich vor. Gibt es Ergänzungen des Gemeinderates?

Gemeinderat: Keine Ergänzungen.

Präsident: Der Interpellant hat das Wort.

Roland Stucki, EVP: Ich habe drei Anschlussfragen an die Antwort des Gemeinderates auf die Interpellation "KulturLegi".

1. In der Antwort des Gemeinderates heisst es, die Umsetzung sei ab "2014 vorgesehen". Wann soll die Umsetzung in Kraft treten?

2. Ich stelle fest, dass 638 Personen der Gemeinde Zollikofen von den Leistungen der KulturLegi profitieren könnten. Der Gemeinderat hat zudem in seiner Antwort hinzugefügt, dass auch Personen profitieren können, die entweder Stipendien oder Krankenkassenprämienverbilligungen erhalten, er aber nicht in Besitz dieser Daten sei. Wer verfügt über diese Zahlen? Wie hoch ist die Gesamtzahl aller bezugsberechtigten Personen?

3. Zu Frage 5: In der Antwort sind die Kosten pro Einwohner aufgeführt. Wie hoch sind die jährlich wiederkehrenden Gesamtkosten?

Präsident: Ist das eine einfache Anfrage?

Gemeinderat: ja.

Präsident: **Somit nehmen wir das entsprechend entgegen, die Interpellation ist erledigt.**

64 1.92. Parlamentarische Vorstösse

Interpellation Markus Dietiker und Mitunterzeichnende betreffend "Mehr Sicherheit auf Zebrastreifen in Zollikofen"; Antwort

Präsident: Die Antwort des Gemeinderates liegt schriftlich vor. Gibt es Ergänzungen des Gemeinderates?

Gemeinderat: Keine Ergänzungen.

Präsident: Der Interpellant hat das Wort.

Markus Dietiker, SP: Eine griffige Massnahme zur Erhöhung der Sicherheit ist mit der flächendeckenden Einführung der Tempo-30-Zone erreicht. Hingegen die verbleibenden Fussgängerstreifen bis Oktober 2012 zu überprüfen, ist meiner Ansicht nach eine äusserst ehrgeizige Zielsetzung. Gilt es dabei doch, Dringlichkeitsanalysen, Massnahmenvorschläge sowie Umsetzungs- und Finanzierungsprogramme zu erarbeiten. Baulich ist somit noch nichts geschehen und das Baubewilligungsprozedere muss auch noch durchgeführt werden, verbunden mit den üblichen Einsprachen. Die aufgeführten Kriterien und Checklisten die man lesen kann, zeigen die Komplexität der Anforderungen an die Sicherheit von Zebrastreifen. Es ist eine äusserst delikate Aufgabe, mit all diesen Rahmenbedingungen und gesetzlichen Vorgaben Realisierungs- oder Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Ich bin überzeugt, dass die Tempoherabsetzung 30 km/h zur Verkehrsberuhigung beiträgt. Massgebend und entscheidend ist jedoch das persönliche Verhalten und die Toleranz der Fahrzeuglenkenden. Hier muss man ansetzen und sich eventuell stark machen. Meines Wissens ist jeder Fahrzeuglenker auch ein "Zu-Fuss-Gehender". Ich danke dem Gemeinderat für die ausführliche Antwort.

Präsident: **Somit stelle ich fest dass die Interpellation erledigt ist.**

65 1.92. Parlamentarische Vorstösse

Einfache Anfrage Elisabeth Aebi betreffend "Buslinie 33"; Antwort

Präsident: Die Antwort des Gemeinderates liegt an der Sitzung vom 19. September 2012 schriftlich vor. Die notwendigen Unterlagen sind noch nicht vollständig.

66 1.92. Parlamentarische Vorstösse

Volksmotion "Zusätzliche Betreuungsangebote für Primarstufenkinder während den Schulferien"

Präsident: Am 5. Juli 2012 wurde von Eva Baltensperger und Rita Roth die Volksmotion "Zusätzliche Betreuungsangebote für Primarstufenkinder während den Schulferien" eingereicht:

"Die unten aufgeführten Personen unterbreiten Ihnen gemäss Art. 41 der Gemeindeverfassung vom 30. November 2003 folgendes

Begehren:

Zollikofen bietet für Primarschulkinder (Kindergarten bis 6. Klasse) eine bestimmte Anzahl Betreuungsplätze während der Schulferien an, vergleichbar mit den "Ferieninseln" der Stadt Bern (s. http://www.bern.ch/leben_in_bern/persoenliches/familie/kinderbetreuung/tagesbetreuung/ferieninsel).

Begründung

Die Tagesschule hat sich bewährt und ist ein geschätztes und gut benutztes Betreuungsangebot für die Zollikofener Schulkinder. Während der 13 Wochen Schulferien ist sie jedoch

geschlossen. Das bereitet vielen berufstätigen Eltern, die in der Regel maximal 5 Wochen Ferien haben, ein ernsthaftes Betreuungsproblem.

Zollikofen ist eine attraktive Gemeinde zum Arbeiten und zum Wohnen. Mit einer guten Infrastruktur und einem ansprechenden Wohn-, Schul- und Betreuungsangebot fühlen sich auch neu zugezogene Familien in der Gemeinde schnell wohl. Oft können Familien aber aus unterschiedlichsten Gründen nicht mehr wie früher auf die Grosseltern oder andere Familienangehörige (Gotte/Götti) zurückgreifen, wenn es um die Betreuung der Kinder während der Schulferienzeit geht.

"Ferieninsel" als Tagesferien für schulpflichtige Kinder können dem entgegenwirken. Zollikofen, die Vorortsgemeinde mit einer Tradition von guter Kinderbetreuung, kann damit eine wichtige Lücke im bestehenden Angebot schliessen.

Die nachfolgenden Personen unterstützen das oben formulierte Begehren mit ihrer Unterschrift. Sie bestätigen zugleich, dass sie in der Gemeinde Zollikofen wohnhaft und angemeldet sind sowie das 14. Altersjahr zurückgelegt haben."

Präsident: Dieses Geschäft wird in der Sitzung vom 19. September 2012 behandelt. Dann habe ich folgende Neuzugänge von heute Abend:

67 1.92. Parlamentarische Vorstösse

Motion Marc Niklaus und Mitunterzeichnende betreffend "Transparente Schulraumplanung in Zollikofen"

Der Gemeinderat wird aufgefordert, die Schulraumplanung transparent zu machen, indem die Informationen zu den dabei berücksichtigten Erkenntnissen, Ergebnissen, Gewichtung und Bewertung der berücksichtigten Kriterien, Begründungen, Perspektiven und zur personellen Zusammensetzung des "Ausschusses Schulraumplanung" der Schul- respektive Bildungskommission zugänglich gemacht werden. Letztere soll neu im Ausschuss Einsitz nehmen und der Einsitz einer delegierten Person der Vereinigten Elternräte soll geprüft werden.

68 1.92. Parlamentarische Vorstösse

Motion Peter Traber und Mitunterzeichnende betreffend "Preisgünstiger Wohnraum in Zollikofen"

Der Gemeinderat wird beauftragt, Massnahmen zur Sicherstellung von preisgünstigem Wohnraum zu treffen und dazu in den massgebenden Bestimmungen und Leitlinien entsprechende Vorgaben einzubauen.

Gemeindeverfassung Art., 8, neuer Abs. 3: *Die Gemeinde setzt sich dafür ein, dass auf dem Gemeindegebiet preisgünstiger Wohnraum zur Verfügung steht."*

Baureglement Abschnitt B, "allgemeine Voraussetzung der Überbauung": unter Abschnitt B wird eine zusätzliche Ziffer eingefügt:

7. Preisgünstiger Wohnraum (neu)

Art. 41 "Grundsatz" (neu)

Die Gemeinde stellt sicher, dass bei neuen Überbauungen auch ein Anteil an preisgünstigen Wohnungen erstellt wird.

Die Gemeinde kann weitergehende Vorschriften zum Erstellen von preisgünstigem Wohnraum erlassen.

Leitbild der Gemeinde: Das Leitbild wird mit einem Handlungsschwerpunkt "Förderung von preisgünstigem Wohnraum" ergänzt.

Leitbild Siedlungsentwicklung: Die Siedlungsplanung wird analysiert. Gestützt darauf werden im Leitbild "Siedlungsentwicklung" die Gebiete aufgezeigt, auf denen künftig preisgünstiger Wohnraum zu entwickeln ist.

Begründung: im Leitbild der Gemeinde wird festgehalten, dass wir in Zollikofen gleich vor der Haustüre finden, was wir zur Gestaltung des Lebens brauchen. Preisgünstiger Wohnraum ist dazu ein ganz zentraler Punkt. Alle Bewohner sollen Wohnraum in einer Preisklasse finden, der aufgrund des Einkommens für sie bezahlbar ist. Zollikofen ist mit dem öffentlichen Verkehr gut erschlossen. Von dieser guten Erreichbarkeit sollen alle Bevölkerungsschichten profitieren.

69 1.92. Parlamentarische Vorstösse

Interpellation Fides Kistler betreffend "Sonderklassen auf der Primarstufe"

Gemäss kantonalem Volksschulgesetz und insbesondere Art. 17 (2008) soll allen Kindern in der Regel der Besuch in den Regelklassen ermöglicht werden. Damit soll die Chancengleichheit erhöht und die Stigmatisierung vermieden werden, welche Kinder in Sonderklassen oft erfahren. Bereits in der Begründung zur Interpellation "Situation des Schuleintritts und der ersten Schuljahre in der Gemeinde Zollikofen" hat die SP darauf aufmerksam gemacht, dass der Kanton Bern im Jahr 2007 das Sonderpädagogik-Konkordat verabschiedet hat. Damit hat er sich verpflichtet, den integrativen gegenüber den separativen Unterrichtsformen den Vorzug zu geben.

Während die Zollikofener Sekundarschule sich dazu entschlossen hat, den Integrationsartikel umzusetzen, führt die Primarschule bis heute spezielle Klassen für Kinder und Jugendliche mit speziellen Bedürfnissen. Deshalb stellt sich die Frage, ob auch die Primarstufe diesen Schritt hin zu einem integrativen Schulmodell – angelehnt an dasjenige ihrer grossen Schwester – wagen würde, wodurch die Mittel flexibler eingesetzt werden könnten, was allen Lehrpersonen, zum Beispiel in Form von Teamteaching, vor allem aber auch den Kindern zugutekäme, indem sie von Beginn weg integriert und gefördert werden und sich so als gleichberechtigter Teil der Gesellschaft, in der sie leben, verstehen können. Deshalb fragen wir den Gemeinderat: Welche Gründe liegen vor, dass die Primarschule im Gegensatz zur Sekundarschule immer noch spezielle Klassen/Keinklassen führt? Welche Ziele verfolgt der GR bezüglich einem integrativeren Schulmodell auf der Primarstufe?

70 1.92. Parlamentarische Vorstösse

Einfache Anfrage Toni Oesch betreffend "Einzonung Lättere: Mehrwertabschöpfung"

Ich bitte den Gemeinderat um Orientierung über die Details der Berechnung der Fr. 11'970'000.00 Mehrwert, mit Beilage der von ihm festgelegten Richtlinien für die Mehrwertabschöpfung.

71 1.92. Parlamentarische Vorstösse

Einfache Anfrage Roland Stucki betreffend "KulturLegi"

Roland Stucki stellt an der GGR-Sitzung vom 22. August 2012 drei Anschlussfragen an die Antwort des Gemeinderates auf seine Interpellation "KulturLegi."

1. In der Antwort des Gemeinderates heisst es, die Umsetzung sei ab "2014 vorgesehen. Wann soll die Umsetzung in Kraft treten?
 2. Der Interpellant stellt fest, dass 638 Personen der Gemeinde Zollikofen von den Leistungen der KulturLegi profitieren könnten. Der Gemeinderat habe zudem in seiner Antwort hinzugefügt, dass auch Personen profitieren können, die entweder Stipendien oder Krankenkassenprämienverbilligungen erhalten, er aber nicht in Besitz dieser Daten sei. Wer verfügt über diese Zahlen? Wie hoch ist die Gesamtzahl aller bezugsberechtigten Personen?
 3. In der Antwort sind die Kosten pro Einwohner aufgeführt. Wie hoch sind die jährlich wiederkehrenden Gesamtkosten?
-

Präsident: Somit sind wir am Ende der Sitzung angelangt. Meinen herzlichen Dank für das Durchhalten bei hohen Temperaturen. Der nächste Akt ist der GGR-Ausflug, kommen Sie noch nach vorne um sich anzumelden, ein Wanderprogrammli liegt auf. Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 19. September statt. Bis dahin allen einen schönen, kühlen Sommerausklang.